



Regierungsrat, Postfach 156, 6301 Zug

A-Post

Bundesamt für Migration BFM
Stabsbereich Recht
Sandrine Favre / Helena Schaer
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

Zug, 28. Januar 2014 hs

**Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) Nr. 1051/2013 zur Änderung des Schengener Grenzkodex zwecks Festlegung einer gemeinsamen Regelung für die vorübergehende Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen (Schengen-Weiterentwicklung) sowie weitere Änderungen im Ausländer- und Asylrecht
Vernehmlassung des Kantons Zug**

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Auftrag des Bundesrates haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zur Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) Nr. 1051/2013 zur Änderung des Schengener Grenzkodex zwecks Festlegung einer gemeinsamen Regelung für die vorübergehende Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen (Schengen-Weiterentwicklung) sowie zu weiteren Änderungen um Ausländer- und Asylrecht Stellung zu nehmen. Gestützt auf ein internes Mitbestimmungsverfahren nehmen wir diese Gelegenheit gerne wahr.

Gerne teilen wir Ihnen mit, dass wir mit dem uns unterbreiteten Entwurf zur Übernahme der Verordnung (EU) Nr. 1051/2013 und den weiteren Änderungen im Ausländer- und Asylrecht einverstanden sind. Wir begrüßen die Präzisierung und Ergänzung der Voraussetzungen und des Verfahrens zur Durchführung und Wiedereinführung von Grenzkontrollen. Weitere Bemerkungen haben wir keine anzubringen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Seite 2/2

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug

Beat Villiger
Landammann

Tobias Moser
Landschreiber

Kopie an:

- Eidgenössische Parlamentarier des Kantons Zug
- Direktion des Innern
- Sicherheitsdirektion
- Zuger Polizei
- Amt für Migration